

General Electric kündigt weiteren Stellenabbau an

Die Gewerkschaft Unia weist die Pläne von General Electric (GE), weitere 450 Stellen in Birr und Baden zu streichen, in aller Form zurück. Es braucht von GE endlich ein klares Bekenntnis zum Werkplatz Schweiz und eine langfristige Strategie für ihre hiesigen Niederlassungen.

Nach 2016 (900 Stellen) und 2018 (rund 1'200 Stellen) wäre dies bereits der dritte massive Abbau bei GE innert vier Jahren. Die Unia hat von Beginn an die Zerschlagung der Schweizer Produktionseinheiten und die Zerstörung des industriellen Know-how an den Aargauer Standorten kritisiert. Die Unia wird im anstehenden Konsultationsverfahren alles daransetzen, die Stellen in Birr und Baden zu erhalten.

Industriepolitische Versäumnisse

Eine Mitverantwortung an diesem Debakel trifft auch die Politik, die bei der Übernahme von Alstom durch GE keine konkreten Garantien verlangt hat. Damals hat es Bundesrat Schneider-Ammann versäumt, sich von GE klare Garantien für die bestehenden Schweizer Produktionsstandorte geben zu lassen. Seither hat der US-Konzern Tausende Stellen vernichtet. Von den ursprünglich rund 5300 Stellen würden innert vier Jahren nur noch die Hälfte bleiben.

Es braucht eine Industriepolitik

Die politischen Behörden müssen bei GE endlich konkrete Zusagen einfordern. Es hat sich gezeigt, dass Lippenbekenntnisse von GE, wie sie anlässlich der letzten Massenentlassung 2018 gegeben wurden, nichts wert sind. Der Fall zeigt, dass eine Politik des «Laissez-faire» zur Deindustrialisierung führt. In erster Linie der Bundesrat muss sich für eine moderne Industriepolitik entscheiden, welche den Werkplatz Schweiz dauerhaft sichert. Das beinhaltet auch ein entschlossenes Auftreten gegenüber transnationalen Konzernen, die sich wenig für den Erhalt der industriellen Substanz in der Schweiz interessieren.

Unia Schweiz, 17.6.2019.

Unia Schweiz > General Electric. Stellenabbau. Unia Schweiz, 2019-06-17